

Baden-Württemberg in Wählerschichten vorgedrungen sind, die für sie vor wenigen Jahren noch unerreichbar schienen.

Es fällt auf, dass trotz dieser Erfolge die grüne Partielite bemüht ist, die von den Medien forcierte Zuschreibung als »Volkspartei« weit von sich zu weisen. Stephan Löwenstein schrieb in der *FAZ* vom 30.3.2011: »Wer auf der Suche nach einem Wort ist, mit dem er Grüne zuverlässig erschrecken kann, der sollte es mit ›Volkspartei‹ versuchen«. Ganz so bescheiden, wie sie jetzt tun, sind die Grünen aber schon seit längerem nicht mehr. Bereits im letzten Jahr hörte man von Renate Künast neue Töne, als sie in einem Interview sagte: »Dass wir die linke Mitte sind, heißt nicht, dass wir allein die kurzfristigen Interessen der Mitte vertreten. Sondern uns geht's um's Ganze, wir machen Politik für's ganze Land« (*DIE WELT* vom 24.06.2010). Hier klang bereits der Anspruch durch, sich endgültig vom Image einer ökologischen

Nischenpartei zu entfernen. Zumindest in Baden-Württemberg ist dies – wenn auch unter Ausnahmebedingungen – geglückt.

Mit ihrer neuen Rolle im Parteiensystem als Mittelpartei wächst den Grünen automatisch mehr Verantwortung zu, wenn sie die hinzugewonnenen Wähler nicht verprellen wollen. Sie werden nachweisen müssen, dass man als führende Regierungspartei in der Lage ist, integrativ zu wirken und unterschiedliche Wählerinteressen zu berücksichtigen. Wie weit dieser Weg ist, zeigt die Tatsache, dass die Wähler in Baden-Württemberg ihnen bisher nur in der Energie- und Verkehrspolitik hohe Kompetenzwerte zuweisen, während 59 % der Meinung sind, dass sich die Grünen zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze kümmern. Es wird also nicht zuletzt an dem »Experiment« der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg hängen, ob es gelingt, die diesbezüglichen Zweifel zu zerstreuen.

*Hans Vorländer*

## Das Dilemma der FDP

*Die FDP ist jäh aus ihren Träumen erwacht und auf dem harten Boden der Realität aufgeschlagen. Mit 14,6 % hatte die FDP bei der Bundestagswahl 2009 ihr Allzeithoch erreicht, seitdem verliert sie in den Landtagswahlen nicht nur an Stimmen, sondern auch an Repräsentanz in den Parlamenten. Von den Umfragetiefs ganz zu schweigen. Reicht ein neuer Vorsitzender, reicht die Rochade ihres Führungspersonals für die propagierte Erneuerung?*

### Hans Vorländer

(\* 1954) ist Professor für Politikwissenschaft an der TU Dresden und Direktor des dortigen Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung sowie Gründer und Sprecher des Sonderforschungsbereiches 804 »Transzendenz und Gemeinsinn«.

[hans.vorlaender@tu-dresden.de](mailto:hans.vorlaender@tu-dresden.de)



SFB 804

täuschen sich. Es ging ihr oftmals noch sehr viel schlechter als jetzt. Denn nichts ist eigentlich so beständig bei der FDP wie ihr ständiges Auf und Ab. In den 50er Jahren war sie vergleichsweise stabil, hier fungierte sie als Partei des mittelständischen Bürgertums, zum Teil auch als Partei ehemaliger Nationalsozialisten. In Württemberg und in den Stadtstaaten war sie liberal, in den Flächenstaaten oszillierte sie zwischen bäuerlicher Klientel- und nationaler

Manche sehen die FDP aktuell in der schwersten Krise ihrer Existenz, doch sie

Sammlungspartei. Den Erfolg verdankte sie herausragenden Persönlichkeiten, Theodor Heuss, Thomas Dehler, zeitweise auch Erich Mende. Mitte der 60er Jahre aber wandelte sich die Sozialstruktur in Deutschland, die FDP setzte sich deutschland- und rechtstaatspolitisch, dann auch in Fragen der Steuerpolitik von der CDU und bereits vorher schon von Adenauer ab. Ihre stärkste programmatische Phase hatte sie während ihrer Oppositionszeit im Bonner Parlament. Bildung und Bürgerrechte hießen nun die Themen, die Frontleute waren junge Politiker, die die Revolte in Nordrhein-Westfalen, hin zur SPD, bereits vollzogen hatten. Hinzu kamen Intellektuelle, Karl-Herrmann Flach, Ralf Dahrendorf, Hildegard Hamm-Brücher, Werner Maihofer, die die Partei programmatisch auf Vordermann brachten. Die FDP war eine neue Partei, sie stand für Aufbruch und gewann die Sympathien vieler linksliberal Denkender und Handelnder. Mit der SPD vollzog sie den Wandel in der Deutschlandpolitik und zu mehr Demokratie und fortschrittlichem Recht.

Der sozialliberale Schwenk aber schadete der FDP an der Basis, nicht alle vollzogen die neue Politik mit, und die FDP geriet in die erste große existentielle Krise. Doch noch konnte sie sich konsolidieren. Die Wende von 1982/83 von der SPD zur CDU/CSU erschütterte sie dann aber bis ins Mark. Sie flog aus vielen Landtagen, besaß nur noch schwache kommunale Verankerung, hielt aber Helmut Kohl die Treue, opferte sich sogar im Wahlkampf 1998 für ihn auf.

Für kurze Zeit konnte es scheinen, als wenn die FDP, wie auch die Union, zu den großen Gewinnern der deutschen Einheit gehörte. 1990 war sie erfolgreich, Hans-Dietrich Genscher, selbst aus Mitteldeutschland, aus der Nähe von Halle stammend, wurde als liberaler Architekt der deutschen Einheit gefeiert. Aber das Hoch hielt nicht lange an, obwohl die FDP in den neuen Bundesländern, nicht zuletzt durch

die Übernahme der Liberal-Demokratischen Partei der DDR, strukturell, von den Mitgliedern her und in den Kommunen, gut verwurzelt war.

Otto Graf Lambsdorf, der Genscher im Parteivorsitz beerbte, und sein Nachfolger Kinkel konnten, letzterer auch als Außenminister, den Niedergang der FDP bei Wahlen nicht aufhalten. Das Gleiche galt für Wolfgang Gerhardt. Jürgen Möllemann war es, der bei der Nordrhein-Westfalen-Wahl im Jahr 2000 einen anderen Stil suchte und mit seinem überraschenden Erfolg auch fand. Die FDP probierte sich populistisch aus und suchte Eigenständigkeit zu finden. Guido Westerwelle erkannte in einem neuen Marketing die Chance der FDP und ließ sie zur »Spaßpartei« mutieren. Das aber misslang, weil er die mediale Kampagne überzog und sich mit Guidomobil und Schuhsohlen-18 der Lächerlichkeit preisgab.

### **Programmatischer Schrumpfungsprozess**

Westerwelles Verdienst als Nachfolger von Wolfgang Gerhardt in der Funktion des Parteivorsitzenden aber war, dass er die FDP letztlich konsolidierte. Die Rolle der FDP als Oppositionspartei im Bund tat der Partei gut, und Westerwelle besaß Talent und Rhetorik, der FDP mit seiner Steuerkampagne ein unverwechselbares Profil zu geben. Dieses Alleinstellungsmerkmal war auch funktional, weil die Partei eine Alternative zur Union darstellte, die sich in der großen Koalition mit den Sozialdemokraten immer stärker in die Mitte begab und dabei sozialpolitisch »sozialdemokratisierte«. Die Union überließ der FDP das wirtschafts- und steuerpolitische Feld. Das war schließlich der Garant für den Aufstieg und den Erfolg der FDP bei der Wahl 2009.

Programmatisch aber war die FDP geschrumpft. Von ihrem liberalen Selbstver-

ständnis hatte sich die Partei weitestgehend abgekoppelt, übrig geblieben war allein die steuer- und finanzpolitische Emphase. Es gab zwar Ansätze in den Programmen, den Liberalismus wieder umfassender zu formulieren, die Öffentlichkeit erreicht haben sie indes nicht. Personell war die Partei zu einer One-Man-Show geworden. Westerwelle stand für den Aufstieg, der Erfolg war seiner, aber im Zeitpunkt des Triumphes begann zugleich der Abstieg. Die FDP und vor allem Westerwelle schafften nicht den Umstieg von der Oppositions- zur Regierungspartei. Vor allem erwies sich Angela Merkel als weitaus erfahrener und taktisch klüger, indem sie mit Westerwelle einen Koalitionsvertrag aushandelte, der alle Fragen offen ließ. Westerwelle lief in die Falle, reklamierte noch auf dem FDP-Parteitag, der den Koalitionsvertrag ratifizierte, dass alle Forderungen der FDP verankert seien, machte sich dadurch aber angreifbar, weil sich mit Beginn der konkreten Regierungsarbeit schnell herausstellte, dass davon so gut wie nichts »geliefert« werden konnte. Außerdem hatte sich die Personality Show Westerwelles erschöpft. Was in der Opposition funktionierte, »klare Kante« durch aggressive Rhetorik zu präsentieren, taugte nicht für die neue Rolle als Vizkanzler und Außenminister. Schon vor der Jahreswende 2010/2011 war Westerwelle aus den eigenen Reihen heftig kritisiert worden. Viele verlangten nach seinem Rückzug als Parteivorsitzender. Auch der Dreikönigs-Parteitag zu Beginn des Jahres 2011 vermochte daran nichts zu ändern. Eine letzte Galgenfrist wurde ihm bis zu den folgenden Landtagswahlen, vor allem zu der in Baden-Württemberg, eingeräumt. Diese war dann Mitte Mai auf dem Rostocker Parteitag mit der Wahl von Philipp Rösler zum neuen Parteivorsitzenden verstrichen.

Noch steht die FDP viel besser da als während der vergangenen Krisen in den 70er, 80er und 90er Jahren. In den Kommunen ist sie präsent, in den Landtagen ganz überwiegend, im Bund verfügt sie im-

merhin über 79 Abgeordnete und die Regierungsteilhabe. Gleichwohl sind Trend und Richtung der Entwicklung besorgniserregend. Dazu hat sich ein politischer Themenwechsel vollzogen, der den »Lieblingsgegner« der FDP, die Grünen, reüssieren lässt. Die FDP hatte sich lange mit den Grünen um den dritten Platz im Parteiensystem gestritten, nun scheinen die Grünen die FDP, aber nicht nur sie, sondern auch die anderen, ehemals großen Parteien zu überholen.

### Strategisches Dilemma

Die FDP steckt strategisch in einem Dilemma, dem sich auch die neue Parteiführung nicht entziehen kann. Einerseits möchte sie sich neu erfinden, andererseits sind viele Plätze im Parteiensystem bereits belegt. Sie wird sich nicht grüner, auch nicht sozialdemokratischer definieren können, weil SPD und Grüne bereits ihre Protagonisten haben. Auch in der Mitte des Parteienspektrums ist im Grunde kein Platz mehr. Wenn Rösler, Lindner und Bahr, die neue Troika der liberalen Erneuerungsbewegung, nun von einem »mitfühlenden Liberalismus« sprechen, so ist es ehrenwert, strategisch aber ohne nachhaltigen Effekt. Richtig ist es ganz sicher, aus dem neoliberalen Schrumpfliberalismus wieder sehr viel mehr zu machen und an die großen liberalen Traditionen, die rechtsstaatlichen, sozialliberalen, die kulturliberalen und wirtschaftsliberalen, anzuknüpfen. Aber was das konkret heißt für die ebenfalls großen liberalen Themen von Freiheit, restriktivem Staatsverständnis und Ordnungspolitik des Marktes, das wäre erst noch zu zeigen und in programmatisch klare, auch im schnelllebigen Geschäft der Aufmerksamkeitserzeugung sichtbar zu machende Politikpositionen umzusetzen. Bislang ist es ein Aufbruch in Sympathiemangement. Aber das ist immerhin schon etwas.